

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: DDR - Geldpolitik - Baukonjunktur - UN-Seerechtskonferenz - Technologiekonferenz

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1979) :  
Kurz kommentiert: DDR - Geldpolitik - Baukonjunktur - UN-Seerechtskonferenz -  
Technologiekonferenz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol.  
59, Iss. 9, pp. 421-422

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135354>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

DDR

## Anlaß zum Jubel?

Im 7. Oktober wird die Deutsche Demokratische Republik 30 Jahre alt. In dieser Zeit hat sich die DDR trotz ungünstigerer Startbedingungen als in der Bundesrepublik zu einer der bedeutendsten Industrienationen der Welt entwickelt. Auch wenn sie im Vergleich zu den westlichen Industrieländern noch auf Jahre hinaus einen deutlichen Nachholbedarf hat, präsentiert sie sich gemessen am Lebensstandard und aus Sicht ihrer RGW-Partner geradezu als „goldener Westen“. Weil aber doch Lebensstandard und bestimmte Konsumgewohnheiten aus der „konkurrierend-feindlichen“ Bundesrepublik zu eigenen DDR-Entwicklungszielen wurden, werden die noch vorhandenen Versorgungsengpässe als besonders drückend empfunden.

Diese Engpässe werden sich jedoch nicht so bald beseitigen lassen, denn ausgerechnet im Jubiläumsjahr steht ohne Zweifel fest, daß aufgrund der großen Planrückstände in den vergangenen drei Jahren und im ersten Halbjahr 1979 die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Ziele des Fünfjahrplans nicht mehr erreicht werden können. Gegenwärtig steigt der Lebensstandard der Bevölkerung nach einer sprunghaften Entwicklung bis Mitte der 70er Jahre nur noch im Schneckentempo. Dies zu überspielen gibt sich die DDR alle Mühe. Vor dem internationalen Publikum, vor allem aber vor der eigenen Bevölkerung möchte sie sich als heile ökonomische Welt präsentieren.

Kaum zu überspielen sind aber die zunehmenden innenpolitischen Probleme: Die Nervosität um die Intershop-Regelungen, der Streit um die Einengung der Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten, die Auseinandersetzungen mit DDR-Schriftstellern und die Verschärfung des Strafgesetzbuches sind deutliche Zeichen einer Verunsicherung der DDR-Führung. Wenn es im nächsten Monat Anlaß zum Jubel gibt, dann nur zu einem gedämpften. pl

Geldpolitik

## Gratwanderung

Kritik an der Politik der Bundesbank kam in letzter Zeit vor allem von gewerkschaftlicher Seite. Die restriktive Geldpolitik behindere nach Meinung des WSI schon im zweiten Halbjahr 1979 den Aufschwung und könne im

nächsten Jahr in eine Rezession mit erhöhter Arbeitslosigkeit führen. Eine Lockerung sei daher dringend nötig, zumal die Gefahr einer Beschleunigung des Preisanstiegs gering sei, weil die gegenwärtigen Preissteigerungen vor allem importiert seien.

Die Bundesbank dagegen sieht nach wie vor eine Aufwärtsentwicklung auf breiter Front; auch sei der Preisauftrieb teilweise bereits vom Inland her bestimmt. Nur mit einer straffen Geldpolitik könne daher der Beginn einer Preis-Lohn-Spirale verhindert werden, die ganz sicher zu einem Konjunkturrückschlag führen müßte.

Konjunkturlage und -aussichten werden wohl tendenziell von der Gewerkschaftsseite etwas pessimistisch eingeschätzt. Doch muß für 1980 tatsächlich eine merkliche Verlangsamung der Expansion erwartet werden – nicht zuletzt schon aufgrund der weltweiten Folgen der starken Ölverteuerung. Das Ausmaß der Konjunkturabflachung aber wird wesentlich davon abhängen, ob es zu einer Verschärfung der Verteilungskämpfe im Inland kommt oder nicht.

Unter diesen Bedingungen verspricht der Versuch, mit einer expansiven Geldpolitik Konjunktur und Beschäftigung zu stabilisieren, kaum Erfolg. Eine solche Politik könnte uns die Bezahlung der höheren „Ölrechnung“ nicht ersparen und allenfalls kurzfristig nachfrageanregend wirken, nämlich solange, bis die zunehmenden Inflationserwartungen einen um so stärkeren Konjunkturreinbruch unvermeidbar machten. Andererseits sollte die Bundesbank in dieser Situation aber auch abrupte Bremsmanöver vermeiden. Zur Sicherung einer hohen Beschäftigung ist es vielmehr wichtig, daß die Rahmenbedingungen für Investitionen günstig bleiben, und dazu gehört vor allem Vertrauen in die Stetigkeit der Wirtschaftspolitik. sp

Baukonjunktur

## Flaute ab Mitte '80

Seit Frühjahr 1977 erfreute sich die Bauwirtschaft einer anhaltend lebhaften Nachfrage, die sich auch noch in den ersten Monaten dieses Jahres fortsetzte. Die Bauproduktion konnte zwar infolge der witterungsbedingten Einbußen zum Jahresbeginn und des ausgeprägten Mangels an Fachkräften mit dieser Nachfrage nicht ganz schritthalten, so daß das Bauvolumen 1979 nur um ca. 5 % zunehmen wird. Der so entstandene Nachfrageüberhang hat aber zur Folge, daß sich auch

noch über das ganze Jahr 1980 gesehen die Bautätigkeit deutlich ausweiten wird.

Die sprunghaft gestiegenen Kosten für Hypotheken, Bauland und Bauleistungen lassen jedoch vermuten, daß sich in der zweiten Jahreshälfte 1980 die private Baunachfrage abschwächen und eine Wende in der Produktionstätigkeit bewirken wird, so daß diese mittelfristig keine Schrittmacherdienste mehr für die Konjunktur leisten können, zumal das Investitionsprogramm des Jahres 1978 ausläuft, die Bemühungen um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kontraktiv wirken und den Ruf nach einer Verstärkung der öffentlichen Baunachfrage wieder laut werden lassen.

Allerdings bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung ihr Versprechen, im Wahljahr kein neues Konjunkturprogramm aufzulegen, halten wird. Denn die seit 1970 erstmals registrierte Zunahme der Zahl der Betriebe im Bausektor könnte auch als Indiz einer erfolgreichen Mittelstandspolitik der Regierung erhalten und dürfte sich insofern einer liebevollen Pflege sicher sein. te

---

## UN-Seerechtskonferenz

### Politik der Nadelstiche

---

Der Fortgang der UN-Seerechtskonferenz krankt nach wie vor an der Fixierung der maritimen Einflußzonen und der Einigung über ein Meeresbodenregime. An beiden Fronten versuchen es einige Teilnehmer mit der Politik der Nadelstiche. Die wohl nur taktisch zu verstehende Nichtanerkennung von Hoheitszonen von mehr als drei Seemeilen durch die USA und das parlamentarische Vorantreiben nationaler Gesetzgebungen für den Tiefseebergbau in Japan, der Bundesrepublik und in den USA sind Beispiele. Offen ist die Abgrenzung der Hoheitsgewässer in Gebieten mit Grenzstreitigkeiten und die Festlegung der Festlandssockelgrenze jenseits der 200 Seemeilen breiten Wirtschaftszone. Umstritten bleiben auch die Modalitäten für den Tiefseebergbau, der sich auf die Ausbeutung von 1,5 Billionen Tonnen (!) mangan-, nickel-, kupfer- und kobalthaltigen Knollen konzentriert.

Die Entwicklungsländer versuchen durch technologische und kapitalmäßige Beteiligung der Meeresbodenbehörde den Industrieländern das Terrain nicht alleine zu überlassen, die Landproduzenten vor Absatzverlusten zu schützen und an den Ausbeutungsgewinnen zu partizipieren. Um dies sicherzustellen, soll in der Behörde nach dem UN-Prinzip abgestimmt werden.

Die Industrieländer sind dagegen verzweifelt bemüht, ihren Unternehmen den Zugang zum Meeresbodengeschäft zu erhalten und die Technologie-, Kapital- und Abgabeforderungen sinnvoll zu begrenzen. Insbesondere beanspruchen sie eine Sperrminorität in der Behörde. Da sich für das Festlandssockelregime ein komplizierter Formelkompromiß abzeichnet, könnte der Tiefseebergbau zur Gretchenfrage werden. Die Lösung des Stimmrechtsproblems könnte in der Übernahme der Regelung bestehen, auf die sich Industrie- und Entwicklungsländer in den UNCTAD-Verhandlungen über den Gemeinsamen Fonds im März dieses Jahres geeinigt haben. bo

---

## Technologiekonferenz

### Ohne Fortschritte

---

Nach zehntägiger Dauer ist am 1. September in Wien die „UNO-Konferenz über Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung“ (UNCSTD) mit einem Kompromiß abgeschlossen worden. Die Delegierten einigten sich darauf, ein neues Forum für Wissenschaft, Technik und industrielle Entwicklung unter Leitung eines zwischenstaatlichen Komitees einzurichten, das in bisher noch ungeklärter Beziehung zu dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) steht. Für die Finanzierung von Forschung und Entwicklung in den Staaten der Dritten Welt wurde ein Fonds mit einem vorläufigen Volumen von 0,5 Mrd. DM geschaffen, der während einer Interimsperiode von zwei Jahren aus freiwilligen Zuweisungen der Industrieländer gespeist werden soll. Ob der neue Fonds, dessen Kontrolle dem Entwicklungsprogramm der UN (UNIDO) übertragen wird, auch wirklich dazu beitragen kann, Technologie und Wissenschaft als Teil der Entwicklungshilfe und -politik in die Praxis umzusetzen, ist angesichts vieler erfolgloser Bemühungen dieser Art in der Vergangenheit schon heute mehr als fraglich.

Mit der Errichtung dieses neuen multilateralen Fonds haben die Entwicklungsländer nur einen Teil ihrer Forderungen durchsetzen können, und wesentliche Themen wurden im Rahmen der Wiener Beratungen Opfer der allzu starken Konzentration auf institutionelle Fragen. Die Wiener Konferenz hat damit das gleiche Schicksal erlitten wie die letzte Konferenz der Vereinten Nationen zum gleichen Thema im Jahre 1963. Die Enttäuschung über dieses Resultat sollte dazu veranlassen, die Ursachen zu suchen und daraus zu lernen. Wissenschaft und Technologie sind für die Entwicklung zu wichtig, als daß man dieses Thema aus Frustration zu den Akten legen darf. mk